

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Wochenschrift „Die Foren“

Erscheint 3 mal täglich, auch Sonntag früh. — Verkaufspreis: Kbbeler monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1.80 M. Durch Träger und Agenturen frei ins Haus monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2.40 M. Durch die Post bezogen monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. ohne Sendebelastung. Einzelnnummer 5 Pf.

Verlag und Redaktion: Nikolastr. 11  
Filialen: Mauritiusstr. 12 und Bismarckring 29

Anzeigenpreise: In Wiesbaden 30 Pf., außerhalb 30 Pf., Restbetrag 1.50 M. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000. Anzeigenannahme: Für die Abend-Ausgabe bis 1 Uhr mittags, Morgen-Ausgabe 7 Uhr abds. Fernruf Nr. 5915, 5916, 5917; Filiale I Mauritiusstraße 12 Nr. 2054, Filiale II Bismarckring 29 Nr. 2055.

Nummer 9

Donnerstag, den 6. Januar 1916

70. Jahrgang

# Die Junggesellen = Dienstpflicht in England.

### Lebhaftere Tätigkeit im Westen. — Leutnant Boelke schießt seinen 7. feindlichen Flieger ab. Kämpfe bei Jakobstadt und Czartorsk. — Erfolge der türk. Artillerie an den Dardanellen.

## Nur nicht zaghaft!

Wir sind gewöhnt, von den Vereinigten Staaten mit Vorwürfen über Völkerverstoß und unerlaubte Formen der Kriegsführung überhäuft zu werden. Die Reichsregierung hat in allen Fällen eine strenge und gerechte Prüfung des Zeitstandes eintreten lassen. Ergab sich dann, daß den amerikanischen Beschwerden eine, wenn auch noch so schwache Berechtigung zuerkannt werden müßte, dann erfolgte Aenderung, dann wurden die verletzten Bürger der Union oder deren Hinterbliebene entschädigt.

Heute müssen wir den Spieß umkehren. Wir beschuldigen Amerika des Völkerverstoßes, begangen durch die Duldung des Treibens britischer Diplomaten und Konsuln in völkerrechtlich unzulässiger Richtung. Wir berufen uns auf die von uns bereits mitgeteilte Depesche der American Independence of California an den Präsidenten Wilson, deren Inhalt hier noch einmal wiedergegeben sei:

„Unser Bundesgericht hat im November Angehörige des britischen Konsulats in San Francisco des Verbrechens für schuldig befunden, Rekruten für das britische Heer angeworben zu haben. Durch die Zeugenaussagen wurde bewiesen, daß das Geld für diese Maßnahmen von der britischen Botschaft geliefert wurde und daß ähnliche Verbrechen in den ganzen Vereinigten Staaten begangen worden sind. Wir erlauben Sie deshalb, die Abberufung des hiesigen britischen Konsuls sowie die des britischen Botschafters in Washington von der englischen Regierung zu verlangen.“

Wir behaupten, daß die hierin enthaltenen Beschuldigungen gegen die Vertreter Englands in Amerika auf Wahrheit beruhen. Denn schon seit langen Monaten ist diese Rekrutierungstätigkeit bekannt. Was aber zu einem energischen Vorgehen gegen die Washingtoner Regierung eine feste Grundlage gewährt, das ist der Umstand, daß man sich jetzt auf das Urteil eines höchsten amerikanischen Gerichtshofes stützen kann. Dadurch erübrigt sich jede Diskussion über Unterlassung des Falles, Begleitumstände, Umfang der Schuld einzelner Personen usw. Der britische Botschafter in Washington und der britische Konsul in San Francisco sind des Verbrechens des Völkerverstoßes zum Nachteil des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten als schuldig erwiehen. Die Durchsetzung ihrer sofortigen Abberufung und falls diese nicht binnen kürzester Frist erfolgt, ihre Ausweisung, muß also gefordert werden.

Wir klagen uns dabei auf folgende Vorgänge. Die Unionregierung hat die Abberufung des Botschafters Dr. Dumba sowie der deutschen Militär- und Marineattachés verlangt und erreicht. Was hatten diese Beamten getan? Sie hatten ihre Landsleute darauf aufmerksam gemacht, daß sie durch Herstellung von Waffen gegen ihre eigenen Länder in den amerikanischen Fabriken sich des Verbrechens des Landesverrats schuldig machten. Das war ihre Pflicht und Schuldigkeit, denn die Botschafter und ihre Organe haben das Wohl ihrer Landsleute in den Ländern ihres Amtsbezirks zu bewachen und zu schützen. Weder Dr. Dumba noch die deutschen Attachés haben aber ihre Landsleute zu irgend einer feindlichen Betätigung gegen irgend eine kriegsführende Macht zu veranlassen versucht.

Was haben dagegen die britischen Vertreter? Sie haben im neutralen Lande Rekrutierungen vorgenommen, um die Angeworbenen der britischen Armee zum Kampf gegen die Mächte anzuführen, die mit den Vereinigten Staaten in Frieden und Freundschaft leben. Und zwar haben sie diese Rekrutierungen auf amerikanische Bürger erstreckt. Das ist seit langem bekannt.

Die Washingtoner Regierung hat in ihrer bekannten einseitig wohlwollenden Auslegung der Neutralitätspflichten England gegenüber bisher ein Auge zugeedrückt, während sie alle Bewegungen der Vierbündnisdiplomaten aufs schärfste überwachte. Sie kann die Augen nicht länger schließen. Aus dem Munde ihrer eigenen unbestechlichen und gewissenhaften Richter hat sie es jetzt vernommen, daß das schmählicherweise bisher geduldet Verfahren wider das

Völkerrecht nachgewiesen und öffentlich gebrandmarkt worden ist. Die Washingtoner Regierung kann sich dem Verlangen nicht entziehen, aus diesem Richterspruch die gebotenen Folgerungen zu ziehen. Deutschland und seine Verbündeten aber sollten unbedingt auf der Entfernung der Schuldigen bestehen.

## Amtlicher deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 6. Jan. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Front fanden stellenweise, teilweise lebhaftere Artilleriekämpfe statt.

Die Stadt Lens wird vom Feind sorgfältig beschoßen.

Nordöstlich von Le Mesnil wurde der Versuch eines feindlichen Handgranatenangriffes leicht vereitelt.

Ein gegnerischer Luftgeschwaderangriff auf Douai blieb erfolglos.

Durch deutsche Kampfflieger wurden zwei englische Flugzeuge abgeschossen, das eine durch Leutnant Boelke, der damit das 7. feindliche Flugzeug außer Gefecht setzte.

### Ostlicher Kriegsschauplatz

Eine im Walde südlich von Jakobstadt vorgehende Erkundungsabteilung mußte sich vor überlegenem feindlichen Angriff wieder zurückziehen. Bei Czartorsk wurde eine vorgeschobene russische Position angegriffen und geworfen.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Richtig Neues.

### Oberste Seeresleitung.

## Amtlicher türkischer Tagesbericht.

Konstantinopel, 5. Jan. (Wolff-Tele.)

Das Hauptquartier teilt mit:

An der Dardanellenfront am 4. Januar vor-mittags ziemlich lebhaftes Artillerieduell und Bombenwerfen. Der Feind richtete hauptsächlich gegen unser Zentrum und den rechten Flügel sein Feuer, an welchem ein feindlicher Kreuzer und ein Panzerschiff teilnahmen. Am Nachmittag beschossen ein Panzerschiff und ein Rowitor heftig dieselben Stellungen, verursachten dabei aber nur in einem sehr kleinen Teil unserer Gräben unbedeutenden Schaden. Unsere Artillerie erwiderte energisch und beschloß sehr wirksam die Landungsstellen bei Seddül-Bahr und Telle Burnu sowie eine Truppenansammlung. Unser Feuer erreichte einmal den feindlichen Kreuzer, der daraufhin sein Feuer einstellte.

Am 3. Januar beschossen unsere anatolischen Batterien die Landungsstellen bei Seddül-Bahr und Telle Burnu. Die Erwidmung des Feindes blieb unwirksam, obwohl er eine erhebliche Menge Munition verschwendete. Am 4. Januar beschossen dieselben Batterien feindliche Truppen, die bei Seddül-Bahr, in der Umgegend von Seddül-Bahr und bei Telle Burnu arbeiteten. Sie erzielten gegen sie eine erhebliche Wirkung.

Eines unserer Wasserflugzeuge unternahm einen gelungenen Erkundungsflug in der Richtung auf Imbros und über Seddül-Bahr. Es schlenderte dabei 3 Bomben auf die Landungsstelle nördlich von Seddül-Bahr und auf dort liegende Schiffe.

Unsere Beute bei Aridurun erhöhte sich um 2000 Rissen Handgranaten, 1 Feldküche mit vollständigem Material und eine Menge von Rissen mit Artilleriemunition. Sonst ist nichts zu melden.

### Zwei italienische Generale gefallen.

Vasel, 6. Jan. (T.-U., Tel.)

Schweizer Blättern zufolge sind die beiden italienischen Generale Vettoja und Trombi gefallen.

## Die Dienstpflicht in England.

Einbringung des Geschenkwerfs im Unterhause.

Im englischen Unterhause brachte Premierminister Asquith die Bill über den Militärdienst ein. Er trat dafür ein, daß die Weidfrist unter dem Verborgenen verlängert werde und daß alle Unverheirateten, die nicht befreit seien, sofort in das Heer eintreten sollen. Er sprach die Hoffnung aus, daß der in der Bill vorgesehene Dienstzwang unnötig sein würde. Asquith fuhr fort: Selbst wenn man von den Bruttosziffern des Verborgerichtes die allergrößten Abzüge macht, so muß man doch die Zahl der Unverheirateten, die sich nicht gemeldet haben, als sehr beträchtlich ansehen. Es ist daher notwendig, daß den Verheirateten gegebene Versprechen einzulösen, daß sie nicht aufgerufen werden sollten, ehe die Unverheirateten in die Armee eingetreten wären. Die Bill sieht die automatische Aushebung Unverheirateter und Kinderloser Witwer von 18 bis 41 Jahren vor, für die kein Grund zur Befreiung besteht. Die Leute würden fünf Wochen nach Inkrafttreten der Bill als angemeldet gelten; die zur Landesverteidigung bestimmten Territorialtruppen würden unter die Bill fallen. Die Befreiungen würden diejenigen einschließen, die unentschuldigete Arbeiten verrichten, und die für ihre Angehörigen zu sorgen haben. Wer sich aus gewissen Gründen weigert, wird nur vom Dienst im Felde befreit. Die Bill gilt nicht für Irland. In jedem Bezirk werden Tribunale errichtet, um die Gesuche für die Befreiung zu prüfen. Asquith sagte, er glaube, die Bill werde, soweit man sie politisch begreift, nahezu allgemeine Zustimmung finden. Das Gruppenystem werde wieder in Kraft treten und die Leute könnten sich jetzt unter dem Gruppenystem melden, bevor die Bill in Kraft trete. — Sir John Simon begründete seinen Rücktritt. Er sagte: Die Freiwilligkeit sei ein nationales Lebensprinzip. Er kritisierte, daß die Regierung den Zwangsdienst einführt, bevor festgestellt wäre, ob die Zahl der wirklich für den Militärdienst verfügbaren Unverheirateten nicht eine ganz unbedeutende Minderheit wäre.

Amsterdam, 6. Jan. (Sig. Tel., Genl. Bln.)

Ein Privattelegramm des „N. Noterd. Cour.“ aus London meldet: Bei Einbringung des Geschenkwerfs betr. die Zwangsdienstpflicht teilte Ministerpräsident Asquith mit, daß der Werbefeldzug des Lords Derby von neuem eröffnet werden würde, so daß Nachzügler sich noch freiwillig anmelden können. Diese Mitteilung rief im Unterhause schallendes Gelächter hervor, und einige Abgeordnete riefen aus: „Dann ist ja das ganze Geleg unnötig!“

Sir John Simon, der sich sofort nach Asquiths Rede zum Wort meldete, wurde von den Arbeiterabgeordneten der Radikalen mit einem wilden, anhaltenden Beifall begrüßt. Er hielt eine kräftige, eindrucksvolle Rede, die nicht ohne Einfluß auf die heute stattfindende Beratung der Arbeiterdelegierten bleiben wird.

London, 6. Jan. (T.-U., Tel.)

Reuter meldet: Die Debatte im Unterhause wurde auf Donnerstag verlegt. Abgeordnete verschiedener Parteien haben gestern konferiert, um den Plan Lord Derbys zu besprechen und die Haltung, die sie dem Vorschlag Asquiths gegenüber annehmen werden, festzulegen.

## Die englische Dienstpflicht — eine französische Forderung.

Genf, 6. Jan. (P.-Tel., Genl. Bln.)

Lyoner und Pariser Zeitungen behaupten, die Einführung der englischen Wehrpflicht sei die Erfüllung der Hauptbedingungen, die Frankreich an England zur Beilegung des Sieges gestellt habe.

Rotterdam, 6. Jan. (Sig. Tel., Genl. Bln.)

In Erwartung der Dienstpflichtberatung, die gestern im englischen Unterhause begonnen wurde, ist die öffentliche Spannung aufs höchste gestiegen. „Daily Graphic“ sagt zuversichtlich, daß eine scharfe Krise vermieden werde. Die Mitglieder der Arbeiterpartei sollen in ihrer Mehrheit gewillt sein, ein System gemäßigten Zwanges zu unterstützen. Die „Morning Post“ sagt, es sei gewiß, daß heute Abend über die Vorlage abgestimmt werde. Das Blatt schätzt die Minderheit, die sich der Vorlage widersetzt, auf über 100 Stimmen. „Daily Chronicle“ erklärt, daß nach der allgemeinen Erwartung von der Arbeiterpartei nur 8 Stimmen gegen die Vorlage abgegeben werden. Die Minderheit werde sich vermutlich der Abstimmung enthalten. Die „Times“ erwartet, daß die Schwierigkeiten im Schoße des Kabinetts beigelegt seien. „Daily News“ erwartet dagegen, daß Runciman und Mac Kenna, oder wenigstens einer von den beiden, gegen Ende der Woche zurücktreten werden. Ihr Beispiel dürfte dann Nachfolger finden. Das Blatt schreibt, es beständen ernste Möglichkeiten, wodurch die ganze poli-

tische Lage bedroht werde. Man müsse damit rechnen, daß einige ehrgeizige Minister, wie Lloyd George und Curzon, die den Dienstzwang befürworten, auf Grund der Opposition gegen die Regierungsvorlage im Kabinett die Gelegenheit ergreifen werden, Resignationen durchzusetzen.

Dona, 5. Jan. (Eig. Tel. Genf. Bl.)

Das Austerliche Bureau meldet aus London: Die Regierung hat Vorsichtsmaßregeln getroffen, um Zusammenrottungen in den Straßen Londons zu vermeiden. Gestern Morgen wurden schon mehrere Versuche gemacht, gegen die Dienstpflichtgesetzvorlage zu demonstrieren. Infolge eines starken Aufgebots von Gendarmen und Militär kam es jedoch nicht zu härteren Kundgebungen. Wegen Abend wurde ein harter Umschwung zugunsten der Wehrpflicht bemerkbar.

Amsterdam, 6. Jan. (Eig. Tel. Genf. Bl.)

In Cardiff fanden Versammlungen der Bergarbeiterverbände statt, in denen Resolutionen beschlossen wurden, wonach man zwar grundsätzlich gegen die Zwangsarbeit ist, aber die Vorlage doch unterstützen wolle, damit England keine Niederlage durch Deutschland erleide.

Lloyd George und die Arbeiter.

Glasgow, 6. Jan. (Nichtamt. Volkst.-Tel.)

Die Polizei beschlagnahmte die gesamte Auflage der letzten Nummer des sozialistischen Blattes „Forward“. Nach dem „Daily Chronicle“ veröffentlichte „Forward“ entgegen dem Verbot des Pressebureaus einen ausführlichen selbständigen Bericht über die Versammlungen in New Castle und Glasgow, wo Lloyd George in der Weihnachtswochen-Ansprache hielt.

Der „Forward“ hatte einen Bericht dieser Versammlung gegeben, die äußerst kämpflich verlief, und auf der der Minister noch bedeutend mehr verhöhnt worden zu sein scheint, als dies aus Berichten von anderen Blättern bis jetzt hervorging. Der „Forward“, der einen wahrheitsgetreuen Bericht brachte, mußte die Folgen dieser Offenheit tragen. Der „Manchester Guardian“ teilt jedoch mit, daß er in der Lage sei, den Bericht des „Forward“ zu bestätigen. Hiernach war Lloyd George geradezu feindlich auf der Versammlung in Glasgow empfangen worden, und auch seine verschiedenen Besuche in den Fabriken des Clyde ließen auf einen ähnlichen feindlichen Widerstand.

Die Lage in Griechenland.

Konstantinopel, 6. Jan. (P.-Tel. Genf. Bl.)

Zuverlässige Privatmeldungen bezeichnen die Lage im Innern Griechenlands als heunruhigend und halten den Ausbruch ernstlicher Unruhen für möglich. Die Unruhen sind auf enalische Wählerkreise zurückzuführen. Hier hält man ein baldiges Vorgehen gegen den Viererband in Saloniki für dringend nötig, um einer Verschärfung der Lage vorzubeugen.

Budapest, 6. Jan. (Eig. Tel. Genf. Bl.)

„A Vilag“ läßt sich aus Athen melden: General Sarraff forderte durch die Befehle der Entente die griechische Regierung auf, sich einer Überschreitung der griechischen Grenze durch bulgarische Truppen auch in dem Fall zu widersetzen, wenn sie in Gebieten erscheinen, die bereits von deutschen oder österreichisch-ungarischen Truppen betreten wurden. Die griechische Regierung wies diese Forderung ab, und ebenso die weitere Forderung, daß das Überschreiten der griechischen Grenze nur im Raum eines Frontalangriffes geschehen dürfe, was darauf schließen läßt, daß der Viererband eine Planoperation der Bulgaren befürchtet.

Zum Besuch König Peters in Saloniki.

Wien, 6. Jan. (T.-U.-Tel.)

Die Südslawische Korrespondenz meldet aus Athen, die Ankunft König Peters von Serbien hat in Athen maßgebenden Kreisen unangenehm gewirkt. König Peters Besuch widerspricht insofern allen internationalen Verpflichtungen, als er überraschend und ohne Einladung von griechischer Seite erfolgt ist, ein neuer Beweis dafür, daß die Entente Saloniki kaum mehr als griechischen Boden betrachtet, da sie einen fremden Souverän einlädt, ohne vorher die maßgebende griechische Stelle zu fragen.

Der Dank des ungetretenen Gastes.

London, 6. Jan. (T.-U.-Tel.)

Reuter meldet aus Athen: König Peter hat an König Konstantin ein Telegramm gerichtet, worin er seine große

Süredenstage Salonikis.

Bisher galt es als heiligstes Gesetz des Völkerrechts, daß die Vertreter fremder Staaten, die Botschafter, Gesandten und Konsule, selbst in Feindesland unantastbar und vor jeder Gewalttat geschützt sein sollten. Erst England und Frankreich, diesen beiden angeblichen Schlichterträgern aller Kultur und Zivilisation, die ausgaben, die Freiheit der kleinen Völker zu schätzen, blies es vorhehalten, auch dieses Gesetz in der „Margaritenen und unmenslichen“ Weise zu verletzen, wie es in der griechischen Proklamation gegen die brutale Verhaftung der Konsuln und ihrer Familien heißt. Dem ersten Unrecht ist nun mit der Entfesselung weiterer 1000 Deutschen und Österreicher ein zweites gefolgt, das nicht minder ein Faustschlag ins Gesicht aller Menschlichkeit und hergebrachter Sitte bedeutet.

Damit ist der Blutarm Salonikis wiederum Senae einer unerhörten Gewalttat geworden, wie sie Salonikis Vergangenhelt häufig sah. Der Geschichtsschreiber, der eine alle kriegerischen Ergebnisse dieser Stadt schildern will, muß sein Herz panzern gegen alle fürchterlichen Eindrücke, die ihm seine Arbeit bereiten wird.

Schon zur Zeit der Römer wurde hier eine Tat begangen, wie sie fürchterlicher wenige Städte erlebten. Das war im Jahre 90 nach Christi Geburt, während der Herrschaft des Theodosius. Ein Aufstand der Bürger war ausgebrochen und wie trunken von einem wilden Wutausbruch, ließ der Gewalttäter ihrer 7000 in die Arena des Hippodroms treiben und wehrlos hinschlachten. Neue Zeit war gewiß rauh und wenig zugänglich für die weichen Neigungen eines edlen Herzens gegen den Feind. Aber diese grausenvolle Tat entsetzte derart den Jern des Volkes, daß das Gemissen der Zeitgenossen derart auf Theodosius vor dem allgemeinen Unmut sich genügt sah, öffentlich Buße zu tun.

Nach Jahrhunderten, die zum Teil erfüllt waren von schlimmen Kriegsgeschickeln, brachte das Jahr 904 einen zweiten Schreckenstag, der sich blutig emportrieb aus anderen blutigen Tagen. Das war, als die Sarazenen aus der Spania die Stadt erlöschten. Wie ein Schrotklo der Vernichtung brannte dieser Tag über die schönen alten Bauwerke Salonikis einher und von seinen Einwohnern wurden 22.000 in Ketten gelegt, in die Fremde hinausgetrieben und als Sklaven in die Länder des Mittelmeersee verkauft.

Zufriedenheit über die Gostfreundschaft, die er in dem den Alliierten wohlwollenden Lande gefunden habe, zum Ausdruck bringt.

Griechenflucht aus Rußland.

Budapest, 6. Jan. (P.-Tel. Genf. Bl.)

Der „Bester Lloyd“ meldet aus Bukarest: Da der Eisenbahnverkehr Odeß-Ukraine wieder aufgenommen wurde, treffen in Jassi täglich zahlreiche arbeitsfähige Familien aus Rußland ein, die sich an ihren bisherigen Aufenthaltsorten wegen dortiger Umtriebe nicht mehr sicher fühlten. Der besarabische Generalgouverneur drohte allen, die versuchen würden, über den Bruch nach Rumänien zu flüchten oder dabei Hilfe leisteten, mit 3000 Rubeln Strafe und drei Monaten Gefängnis sowie mit Verschickung nach Sibirien. Die Russen haben in der Nähe des Dorfes Petroschanka gegenüber Tultschel zwei Türme errichtet, auf denen Scheinwerfer angebracht sind, die nachts das rumänische Ufer abscuchen.

Das bulgarische Königschloß bei Warna beschossen.

Budapest, 6. Jan. (P.-Tel. Genf. Bl.)

Laut „Az Est“ meldet eine ententefreundliche Agentur aus Bukarest, daß dieser Tage russische Schiffe den Curuzogroder Kanalschiff wieder bombardierten. Von dem angerichteten Schaden und von den Bewegungen der russischen Flotte erwähnt die Meldung nichts.

Der französische Jahraara 1917.

Kopenhagen, 6. Jan. (Eig. Tel. Genf. Bl.)

Der französische Jahraara 1917, zu dessen Einberufung jetzt bekanntlich geschritten werden mußte, wird bereits in den Tagen vom 5. bis 11. Januar eingezogen.

Das englische Heer im Westen.

Amsterdam, 6. Jan. (Eig. Tel. Genf. Bl.)

Aus London erfährt der Amsterdamer Mitarbeiter der „B. A.“: Nachdem enalische Truppen von der Westfront zurückgezogen worden sind, habe der enalische Oberbefehlshaber Gals Ersatztruppen aus England gefordert. In der Verhandlung sagte er, daß die enalische Armee an der Westfront seit dem 1. Oktober 1915 durch Verluste und Rücktransporte ein Drittel ihrer Zahl einbüßte. Wenn kein Ersatz aus England kommt, werde in einem Jahre das enalische Heer an der Westfront aufgebraucht sein.

Von der holl. Grenze, 5. Jan. (Eig. Tel. Genf. Bl.)

Der Vertreter des enalischen Kriegsministeriums teilte als Antwort auf eine Anfrage wegen der Verluste in der Schlacht bei Loos mit, daß die Gesamtverluste an der Westfront zwischen dem 25. September und dem 8. Oktober v. J. sich auf 778 Offiziere, 1298 verwundet und 317 vermisst sowie 10345 Mann tot, 38095 verwundet und 8848 vermisst belaufen.

Der Wille des Joren.

Budapest, 6. Jan. (P.-Tel. Genf. Bl.)

Aus Bukarest wird gemeldet: Nach Meldungen von der besarabischen Grenze hat der Jar an die im nördlichen Besarabien kämpfenden Truppen ein Manifest erlassen, in dem es heißt: „Gzernowit ist bis Weihnachten (6. Januar) zu erobern.“ Dieses Manifest wurde in allen besarabischen Gemeinden angeschlagen.

Zusammenbruch der russischen Offensive.

Bukarest, 6. Jan. (Eig. Tel. Genf. Bl.)

Der ententefreundliche „Universul“ bestätigt, daß die äußerst heftigen russischen Angriffe an der Bukowinaer Grenze gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen im vordringenden Feuer des Feindes vollständig zusammengebrochen sind, und daß die Russen gezwungen wurden, sich in ältere Stellungen zurückzuziehen. Die österreichisch-ungarischen Truppen machten viele Gefangene.

Es kam das Jahr 1185 und mit ihm die schmutzige Belagerung durch die skandinavischen Normannen, die mit der Eroberung der Stadt und einer Anhäufung von Greuelthaten an den wehrlosen Einwohnern endete, wie sie fürchterlicher kaum erdacht werden können.

Es kam der 1. Mai 1490, an dem die Scharen Murad II. die damals im Besitz der Venetier befindliche Stadt trotz des verzweifeltsten Widerstandes der Einwohner eroberten. Ihrer 7000 zu Sklaven machten und alles raubten und plünderten, was irgendwie wertvoll erschien. Die Tiere hauchten die Sieger, Männer und Frauen, Kinder und Greise wurden unter rohen Mißhandlungen aus den Häusern gerissen, in Fesseln geschlagen und in das Zeltlager vor der Stadt geschleppt, wo sie sofort nach ihrem Wert als Sklavenware abgeschätzt und verteilt wurden. Da blieb keine Familie heilkommen. Die Frauen wurden von ihren Männern, die Kinder von ihren Vätern gerissen und das Begehren der Ungläublichen, die im Lager umherziehend, die Abtrüben suchten, wurde überstiegen von dem Jammer jener, die einem ungewissen Schicksal entgegenzusehen. Die Mut der Eroberer ging so weit, daß sie die Leiche des Heiligen Demetrius aus seiner Gruft rissen, die Kleinodien seines Gewandes und die heiligen Gebeine abschloß umherstreuten. Eine mehrere Tage währende Plünderung hatte aus der blühenden Stadt eine gräßliche Einöde gemacht, als endlich Murad durch einen Nachtsturm dem Willen seiner Soldaten Einhalt gebot.

Dann wurde das Schicksal Salonikis ein wenig ruhiger und bis zu den Schreckenstagen der Gegenwart raot neben einem fürchterlichen Brande nur noch der 13. April 1876 blutige hervor, an dem der deutsche und französische Konsul von dem ansehenden Pöbel ermordet wurden. Seit dem Mittelalter hatte keine Tat politisch ein solches Aussehen erregt wie dieser Mord.

Die Engländer und Franzosen, die heute eine neue Schreckensherrschaft in Saloniki errichtet haben, werden es gewiß bedauern, daß sie nicht wie die Eroberer seiner verurteilten Jahrhunderte schalten können. Sie halten sich schuldig, indem sie ein unerreichtes Maß von feiger Tücke walten lassen.

Aus den Kunstausstellungen.

Zur Ausstellung von Professor Erik Griet und Ferdinand Spiegel (1914-1915) in den Kunstsalen Danager wird uns geschrieben: Auf zwei

Graf Adlersberg vergiftet?

Budapest, 6. Jan. (T.-U.-Tel.)

Nach einer Bukarester Meldung des „A Vilag“ liegt dort die Nachricht aus Petersburg vor, nach der die Hinterbliebenen des verstorbenen Gouverneurs Adlersberg die Enterdigung der Leiche und die amtliche Feststellung der Todesursache von den Behörden verlangten. Die Gerüchte belagen, daß Graf Adlersberg, der schon zu Lebzeiten den Reaktionen ein Dorn im Auge gewesen war, das Opfer einer Vergiftung geworden sei. Die Behörden erteilten einen ablehnenden Bescheid.

Treibminen im Roten Meer.

Zürich, 6. Jan. (Eig. Tel. Genf. Bl.)

In italienischen Schiffahrtskreisen wird behauptet, im Roten Meer seien viele Treibminen gesehen worden, die die Schifffahrt schwer gefährden; einige Dampfer seien bereits gesunken.

Einbruch der Afghanen in Nordindien.

Kopenhagen, 6. Jan. (P.-Tel. Genf. Bl.)

Die Streitkräfte des Emir von Afghanistan haben die Grenze überschritten und sind in Nordindien eingedrungen. Die der in Bagdad erscheinende „Telai Isla“ mitteilt, hat zwischen 10 000 afghanischen Reitern und indischen Truppen ein erbitterter Kampf stattgefunden, in dem die Engländer eine empfindliche Niederlage erlitten haben. Die Märsche unter der mohammedanischen Bevölkerung Nordindiens hat durch die Erfolge der Afghanen neue Rührungen erhalten. Die enalischen Behörden bemühen sich jetzt, die revolutionäre Bewegung einzudämmen. Ueber 400 mohammedanische Einwohner wurden ins Gefängnis geworfen.

Der Seekrieg.

Genf, 6. Jan. (Eig. Tel. Genf. Bl.)

Der Looener „Nouveliste“ berichtet aus Kairo, daß der verentete Dampfer „Persia“ eine wertvolle Postladung für Ägypten an Bord hatte. 80 000 Poststücke seien bei dem Untergang des Schiffes verloren gegangen.

Zur Beschädigung des Dampfers „Magda“.

Berlin, 6. Jan. (Privat-Tel. Genf. Bl.)

„Stockholms Tidningen“ lassen sich aus Ralmö melden, daß der Norrköpinger Dampfer „Magda“ innerhalb schwedischer Hoheitsgewässer am 3. Januar um 9 Uhr vormittags durch einen deutschen bewaffneten Fischdampfer durch einen scharfen Schuß zum Stoppen gezwungen und nach der Angabe seines Bestimmungsortes freigelassen worden sei.

Die unser Vertreter von unabhängiger Seite hierzu erfährt, hat sich dieser Vorfall außerhalb der schwedischen Hoheitsgewässer abgepielt. Ferner ist der Dampfer nicht sofort durch einen scharfen Schuß gekloppt worden, sondern er wurde zunächst durch Signal zum Stoppen aufgefordert; der scharfe Schuß vor dem Bug erfolgte erst, als der Dampfer diesem Befehl nicht nachkam.

Musterungsunruhen in Tunis.

Zürich, 6. Jan. (Eig. Tel. Genf. Bl.)

Dem „Secolo“ wird aus Paris gemeldet: In der Woche sind unter den Eingeborenen in Tunis anlässlich der vorgenommenen Ausmusterung blutige Unruhen ausgebrochen. Die Eingeborenen verjagten die Gekleidungskommission und ermordeten einen der Vorstehenden derselben, einen französischen Major.

Wegen suchen die Künstler dem unermeßlichen Geheimnis des Krieges nahezu kommen; sie bilden mit scharfen, sommelnden Augen das an, was ihnen, die auf den Spuren der Schlachten wandelnd, begegnen, oder sie versuchen, die Fälle dessen, was an ihnen, von der Erschütterung zum Triumph schwingenden Augen vorübergeleitet, symbolisch zu lären und in typischen Gestalten monumental zu fixieren. Von dieser letzteren Art sind die Blätter, die Erik Griet und Ferdinand Spiegel uns zu zeigen haben. Wir sollen den Genius des Krieges, den Engel des Todes und den Gott des Sieges, das Grauen der Schlachtfelder und die Mannhaftigkeit der unaufhaltbaren Sturmkolonnen, wir sollen Wehklagen und Seelisches zu sehen bekommen. Dabei aber schnellstens anzumerken ist, daß beide Maler der Wirklichkeit des Krieges so nahe wie möglich waren, daß sie das Grollen der Geschütze hörten, daß sie Türme kürzen und Häuser aufflammen sahen, daß sie mit den Kolonnen marschierten und mit den Wachtposten einlam in dem Chaos des verlassenen Schlachtfeldes fanden. Sie sahen am Rande des Schützengrabens, der mit toten Feinden gefüllt war, einen Sieger die Wache halten, unbesümmert, festgewurzelt; ein Weissenstein der Nacht, die mit der Genauigkeit einer Maschine ihr zielstrebiges Werk verrichtet ... Sie sahen unter der gespannten Wölbung einer Eisenbahnbrücke einen Verwundeten heben, den Kopf umwickelt, den er in der Bunde, den Mantel blutbefleckt; der Krieger scheint zu wachen, er ragt mit seinem Scheitel an die hochgeredete Warte der Eisenbahn, er wirkt übermenschlich, überirdisch, als ein Wahrmal des Opfers, das tausendfältig gebracht worden ist. — In solchem Sinne, aus heif erlebter Wirklichkeit zur Verklärung sich hebend, sind die Blätter unserer beiden Künstler gedacht; so wollen sie betrachtet werden. Das Dargestellte ist vereinfacht um der Größe der Wirkung willen; was fortblieb, würde die Kunst des Bildes, den Chor von Männertod und Weidenruhm, gestört haben. Das Gewalttätige des Vorganges ist der unbeeinträchtigte Rhythmus der Schritte, die stampfen und schreiten; die voran wollen. Darauf kam es an, und das ist es, was aus dem Wilde auf uns überströmt. Die Bäume der Landschaft sind von Zentnergranaten gefällt worden, unaussprechlich kommen die Schäfte der feindlichen Waposten; der Melberreiter weicht nicht von seinem Wege: in Schlichtheit, selbstverständlich, grau wie der Alltag, aber von einem heimlichen Dichte umstrahlt, reitet die deutsche Treue.

Die Kämpfe in Kamerun.

Das englische Pressebureau veröffentlicht einen eingehenden Bericht über die letzten Kämpfe und die Eroberung von Banjo, der aber durch veröffentlichte Feldpostbriefe teilweise widerlegt wird. Der offizielle Bericht schildert die Schwierigkeiten, die die Engländer hatten, um die aus 22 Deutschen und 200 Eingeborenen mit drei Maschinengewehren bestehende Garnison von Banjo zu vertreiben. Fort Banjo wurde schließlich von den Deutschen verlassen und diese zogen sich in das dahinter gelegene Gelände zurück. Die Deutschen haben Banjo tapfer verteidigt. Schließlich wurde aber der Anmarsch überrascht durch die Nachricht, daß die Deutschen in der Nacht zum 5. November die Stellung verlassen und ohne daß die britische Infanterie sie benutzigen konnte, den Weg ins Freie gefunden hatte. Als Gesamtverluste der Deutschen wird angegeben, zwei Europäer, darunter Hauptmann Schipper gefallen, zwei verwundet, neun gefangen. 7 Eingeborene getötet oder gefangen. Bis jetzt gelang es aber nur, ein Maschinengewehr aufzufinden, wo die anderen zwei geblieben sind, ist unbekannt. Die britischen Verluste sind schwer. Ein Hauptmann, ein Leutnant und ein Fähnrich sind gefallen, ein Hauptmann, zwei Leutnants verwundet, 51 Soldaten tot oder verwundet. Aus dem ausgedehnten wohlbesetzten, in dem Bericht lobend erwähnten Verteidigungswert schließt das englische Pressebureau, daß die Deutschen hofft hatten, die Gebirgsstellung als Stützpunkt und Ausfall zu benutzen, daran aber durch die geringe Truppenzahl verhindert wurden. Die „Morning Post“ veröffentlicht einen Feldpostbrief, aus dem hervorgeht, daß die Deutschen umzingelt waren. Sie konnten, ohne von der Hauptmacht der weit überlegenen Angreifer bemerkt zu werden, deren Linien durchbrechen. Sie überrumpelten die Wachen und konnten sich, ohne irgendwelches wertvolle Material zurückzulassen, zurückziehen.

Hefige Angriffe gegen Lansing.

Ein bemerkenswerter Zwischenfall in der Anwaltschaft der „Persia“ wird von der deutschfreundlichen Presse lebhaft erörtert. Die offizielle Meldung aus Washington der „Associated Press“ sowie der Bericht des Konsuls Garrels aus Alexandria erwähnten nicht, daß die „Persia“ Geschäfte führte. Als ein Bericht in New-Yorker Blättern diese Tatsache enthüllte, verlangte die „Associated Press“ eine Gegenklärung vom Staatsdepartement, erfuhr aber nunmehr, daß die Ermahnung der Geschäfte aus dem offiziellen Bericht, der ihr zur Veröffentlichung übergeben wurde, gestrichen worden war. Die „Associated Press“ gab gestern nun diese Erklärung bekannt. Die deutschfreundliche Presse macht Lansing die heftigsten Vorwürfe, weil er durch die Unterdrückung einer so wichtigen Tatsache die Sache gegen die Mittelmächte zu Gunsten verlor. Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß nach der Feststellung des Professors Nach das Staatsdepartement vor einiger Zeit auch die Berichte des amerikanischen Botschafters in London unterdrückt hat. Der Gesandte berichtete, daß sich kein offizieller Beweis habe finden lassen, wodurch die Beschuldigungen wegen der deutschen Greuel in Belgien, die im Brice-Bericht erhoben werden, gestützt worden wären.

Der Friede.

Das Pariser „Journal des Debats“ schreibt: Wenn der Friede im Jahre 1916 auch noch nicht unterzeichnet sein wird, so weiß doch jetzt bereits alles darauf hin, daß Ende dieses Jahres die grundlegenden Bedingungen zum Frieden festgelegt sein werden. Es sei ein Unsinn, zu behaupten, daß der Krieg ewig dauern könne.

Kleine Kriegsnachrichten.

Serbische Eisenbahnwagen in bulgarischem Dienste. Die bulgarischen Staatsbahnen verwenden jetzt bereits mehr als 800 serbische Eisenbahnwagen auf den bulgarischen Linien. Jüngst kamen in Sofia 10 Wagen aus Serbien an, die mit den Archiven der serbischen Behörden voll beladen waren.

Kurze politische Nachrichten.

Unterschiedliche Behandlung eingezogener Reichstags- und Landtagsabgeordneter. Von unserem händigen parlamentarischen Vertreter in Berlin wird und geschrieben: Es dürfte in der Öffentlichkeit wenig bekannt sein, daß die Urlaubsverhältnisse der zum Heere eingezogenen Mitglieder des Reichstags wesentlich anders geregelt worden sind, als die der Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Während die Reichstagsmitglieder auf Verfügung des Kriegsministeriums ohne weiteres für die Dauer der Tagung des Reichstages und zur Teilnahme an den Vorbesprechungen und Kommissionen beurlaubt werden, wird den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses zur Teilnahme an den Sitzungen Urlaub nur gewährt, soweit sie nach Lage und Dienst „abkömmlich“ sind. Die zum Heere einberufenen preussischen Abgeordneten sind hiernach nicht nur schlechter gestellt als die Reichstagsabgeordneten, sondern auch als zum Beispiel die Mitglieder der bayerischen Kammer, die gleichfalls für die Dauer des Landtages und zur Teilnahme an den Vorbesprechungen der Fraktionen ohne Rücksicht auf die Lage des Dienstes beurlaubt werden mußten. Diese Ungleichheit hat einige zurzeit Heeresdienste leistende Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses veranlaßt, sich an den Präsidenten zwecks Herbeiführung einer anderweitigen Regelung zu wenden. Der Präsident ist sowohl mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamts als auch mit dem Kriegsminister und dem Minister des Innern in Verbindung getreten, es ist ihm aber nicht möglich gewesen, eine Gleichstellung zu erreichen. Der Kriegsminister sieht auf dem Standpunkt, daß die verschiedenenartige Handhabung durch die rechtlichen Verhältnisse begründet ist. In die reichsgesetzliche Regelung der Wehrpflicht könne wohl durch den Artikel 21 der Reichsverfassung eingegriffen werden, der festsetzt, daß Beamte keines Urlaubs zum Eintritt in den Reichstag bedürfen, nicht aber durch den entsprechend gefassten Artikel 78 der preussischen Verfassungsurkunde. Während also die Mitglieder des Reichstags, die dem Heere angehören, ohne weiteres einen Anspruch auf Teilnahme an den Sitzungen haben, sei dies bei den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses nicht der Fall. Bei ihnen müsse es vielmehr den zuständigen Kommando- und Behörden überlassen bleiben, den Urlaub unter Berücksichtigung der Kriegslage und der dienstlichen Verhältnisse zu erteilen, wobei bisher in der Praxis kaum Schwierigkeiten eingetreten sein dürften. Aus rechtlichen Gründen erklärt der Kriegsminister, nicht in der Lage zu sein, eine Kenderung der bisherigen Bestimmungen einzutreten zu lassen. Es ist nicht anzunehmen, daß das Abgeordnetenhaus sich bei diesem Be-

schelde beruhigt; Mitglieder aller Parteien werden voraussichtlich auf eine Gleichstellung mit den Reichstagsabgeordneten drängen. Jedenfalls dürfte es über den Bescheid des Kriegsministers noch zu Auseinandersetzungen kommen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 6. Jan.

Ursachen für den Schweinefleischmangel in den Großstädten.

Der zurzeit empfindliche Mangel an Schweinefleisch und -seit in den Großstädten trotz der mehr als ausreichenden Schweinebestände im Lande ist die Folge-Erscheinung von Mißständen, deren Beseitigung im Interesse weiter Verbraucherfreie durch entsprechende Maßnahmen unserer Stadtverwaltungen nur zu wünschen wäre.

Wie uns von sachverständiger Seite mitgeteilt wird, würde der Bedarf an frischem Schweinefleisch in der Hauptsache befriedigt werden können, wenn die den einzelnen Marktplätzen zugeführten Schlachtwerte durch die Hand der ortsanfälligen Schlachtläger in den Konsum gebracht würden und nicht, wie es heute geschieht, dem Konsum geradezu entzogen werden. Der Mangel an Fleisch und Fett in Berlin entsteht beispielsweise zum Teil dadurch, daß der Großschlächter das ausgeschlachtete Schwein nicht mehr in halben Tieren, wie es bisher üblich war, an den Schlachtläger abgibt, sondern die besten Fleisch- und Fettteile herausfächelt und diese in Salz legt, um sie später als Schinken und Speck zu hohen Preisen abgeben zu können. Es wäre zu unterfragen, ob hierin nicht ein Verstoß gegen die Verordnung über strafbare Zurückhaltung von Lebensmitteln liegt. Aber abgesehen von dieser Beschränkung des Fleischverkehrs wird den Schlachtlägern ferner der Einkauf von minderwertigen Fleischpartien dadurch wesentlich erschwert, daß er Preise bewilligen muß, die ihm beim Frischverkauf keinen Nutzen lassen. Der Großhandel mit Fleisch ist zwar bei seinem Einkauf auf dem Viehmarkt durch Höchstpreise geschützt, aber an solche beim Verkauf nicht gebunden. Dabei ist der Fleischhändler auf den Großschlächter in Berlin angewiesen; denn dieser beherrscht durch seine engen Beziehungen zu den Kommissionären den Markt mit lebendem Vieh. Er hat die Schweine zum großen Teil bereits in der Hand, ehe sie auf den Markt kommen, so daß es dem Fleischhändler äußerst schwer gemacht wird, ein Stück lebendes Vieh zu kaufen. Selbst bei ausreichenden Viehaufläufen ist es dem Viehbesitzer so unumgänglich gemacht, sich mit hinreichendem Fleisch für seine Kundenschaft einzudecken, und während der Großschlächter die amtlich festgesetzte Preisspannung zwischen Lebendvieh und Fleisch fast nur zu seinen Gunsten ausnützt, ist der Viehbesitzer gezwungen, um auf seine Kosten zu kommen, das Vieh zum großen Teil zu verarbeiten und in dem Verkauf von Wurst- und Fleischwaren seinen Gewinn zu suchen. Hieran haben auch die Wursthöchstpreise nichts ändern können, weil keine Bestimmungen darüber erlassen sind, was von dem rohen Schweinefleisch in die Wurst verarbeitet werden darf, und weil auch die Zahl der Wurstsorten keiner Beschränkung unterworfen ist. Der Mangel an frischem Schweinefleisch und -seit in den Fleischläden findet darin seine Erklärung.

Aber mehr noch wird das frische Schweinefleisch dem Konsum durch die fabrikmäßige Verarbeitung zu Wurstwaren und Fleischkonserven entzogen. Die Konserverfabriken, soweit sie nicht an das Heer liefern, sind weder bei ihren Einkäufen noch beim Verkauf ihrer Ware an Höchstpreise gebunden und entziehen dadurch den Großstädten ganz außerordentliche Mengen an Schlachtwieh. Die Volksernährung wird nun dadurch wesentlich beeinträchtigt, daß das frische Fleisch dem Verkehr entzogen wird, um es nach Monaten unter dem Einfluß der hohen Verarbeitungs- und Verfeinerungspreise abzugeben, die für den kleinen Mann unerschwinglich sind. Würde das Schlachtwieh heute mit Ausnahme des für die Heeresversorgung notwendigen Teiles so schnell wie möglich dem Konsum zugeführt, so wäre eine ausreichende Versorgung der Großstädte mit frischem Fleisch zu angemessenen Preisen nicht nur in diesem, sondern auch in den nächsten Monaten gewährleistet.

Der Mangel liegt in der Zurückhaltung in der Hand von Erwerbsgruppen, die aus der Verarbeitung übermäßige Gewinne für sich herauszuholen suchen. Die Gemeindegewerkschaften haben es in der Hand, den Verkehr mit Schweinen und frischem Schweinefleisch zu regeln, daß auch dem Bedürfnis der breiten Masse Rechnung getragen wird.

Städtische Kartoffelversorgung. Wir machen auf die Bekanntmachung bezüglich der Kartoffelversorgung in der vorliegenden Nummer aufmerksam und weisen darauf hin, daß die Stadtverwaltung Verfügungen zum Einbinden von Kartoffeln für die Winterzeit nur noch bis zum 20. Januar entgegennimmt, da sie von dieser Zeit an über den verbleibenden Rest anderweitig verfügen wird. Weitere Verfügungen wird die Stadt erst nach der Frostperiode, also im März, entgegennehmen können.

Das „Kriegsheim „Eisernes Kreuz“, Wiesenstraße 15, erfreut sich immer größerer Beliebtheit und starken Zuspruchs. Bis heute haben ungefähr 27 500 Verwandte das Heim innerhalb 11 Monaten besucht. Im vergangenen Jahre haben 18 größere Unterhaltungsabende stattgefunden, die durch die Mitwirkung hervorragender Mitglieder des Kgl. Schauspielhauses, Residenztheaters und Kurhauses von künstlerischer Bedeutung waren. Eine erprobte Arbeit hat auch die Kriegskleinemappen-Vereinigung geleistet. Nachdem die Zeitungen im „Kriegsheim“ eine Woche aufgelegt haben, werden sie der Kriegskleinemappen-Vereinigung übergeben, die dann durch die 150 Mitglieder den Unterhaltungsstoff aus den Zeitungen ausheben und in besonders angefertigte Lesemappen einlegen läßt. Diese Lesemappen werden dann wöchentlich durch die Post direkt in die Schützengraben und Lazarett befördert. Die Vereinigung hat schon ca. 10 000 Lesemappen und Druckfassen in die Schützengraben versandt.

Freiwillige Sanitätskolonne. Am 26. Dezember fand wie alljährlich die Weihnachtsfeier für die Kinder der Mitglieder der Freiwilligen Sanitätskolonne in Wiesbaden statt. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister a. D. Dr. v. Fiehl, eröffnete die von Ehrenmitgliedern und zahlreichen Mitgliedern besetzte Feler durch eine Begrüßungsrede, woran sich die durch Frau Hauptmann Büning in dankenswerter Weise vorbereitete Besprechung der anwesenden 220 Kinder angeschlossen. Bei dieser Gelegenheit sei ein kurzer Ueberblick über die Tätigkeit der Freiwilligen Sanitätskolonne seit Kriegsbeginn bis 31. Dezember 1915 gegeben. Da die Mitgliederzahl zu Beginn des Krieges infolge der Einberufungen zum Heeresdienst auf die Hälfte gesunken war, wurden in mehreren Kursen weitere 400 Mann ausgebildet, wovon jedoch wieder die größte Zahl

zum Militär eingezogen wurde. Für den Stappendienst wurden 180 Mann und 17 Sanitätsführer mit Handen gestellt. Bis Ende 1915 wurden insgesamt 17 298 Verwundete und Kranke vom Bahnhof nach den Lazaretten befördert, außerdem 3002 Umtransporte zwischen den einzelnen Lazaretten und zu Kontingentunterstützungen ausgeführt und 219 Transporte nach auswärtig bewerkstelligt. Ferner wurden am Bahnhof zwischen den einzelnen Zügen 24 094 Mann umtransportiert und in der Uebernachtungsstelle am Bahnhof 6597 übernachtet. Außerdem wurden 1987 Verbände erneuert und angelegt. An Auszeichnungen wurden, soweit bekannt, verliehen: 3 Eisene Kreuze, 1 Hessische Tapferkeitsmedaille, 2 Rote Kreuz-Medaillen sowie 4 Verdienst-Medaillen. Ferner erhielten 2 Mitglieder für fünfjährige vorwurfsfreie Dienstzeit Ehrenurkunden. Aus freiwilligen Beiträgen von Mitgliedern wurden am 2. Januar ein silberner Stiftungsnagel und 60 eiserne Nägel in den Eisernen Siegfried eingeschlagen.

Ueber die Staatsidee der Stenographischen Körperschaften hielt Lehrer H. Paul in der Stenographischen Schule Stolze-Schree (Gewerbeschulgeb.) einen Vortrag. Redner zog eine Parallele zwischen der Verfassung eines politischen Staates und der Organisation eines stenographischen Körperschaften zusammengefaßten Reiches, der nicht gebunden ist an politische oder geographische Grenzen und berührt dabei u. a. folgendes: Die stenographische Oberleitung, die Bundesvertreter, Abgeordnete zu den Stenographentagen, Pächter, Rechte und Pflichten der stenographischen Staatsbürger, die Matrifularsteuer, das V. G. B. als Stenographen-Kämpfe um Verbreitungs- und Anwendungsbereiche inmitten der politischen Staaten, die teils freien Wettbewerb der Stenogr. Staaten auslösen, teils stenographische Monopolsituationen geschaffen haben. Das städtische Amt ist Aufsicht, wieweit die Staatsziele gefördert sind und wo die stenographische Diplomatie einzusetzen hat; Führung besonderer Verdienste, Parteien usw. Die Ausführenden liefern somit für die anstehenden Stenographen einen Beitrag zur Bürgerkunde. Zum Schluß forderte Redner auf, an der Verwirklichung der Staatsziele: Pflege und Verbreitung der Stenographie im deutschen Sprachgebiete durch stethischen Besuch der Stenographie-Schule mitzuarbeiten.

Die Kartoffelversorgung für das Frühjahr. Man schreibt uns: Am Freitag, 7. Januar, finden im Reichsamt des Innern Beratungen mit den Vorständen der deutschen Landwirtschaftskammern über einige Fragen der Lebensmittelversorgung statt. An erster Stelle steht die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Speisefertigkartoffeln für das Frühjahr. Es ist geplant, den Landwirtschaftskammern für ihren Bezirk die Beschaffung ausreichender Mengen von Speisefertigkartoffeln und die Versorgung der Kartoffeltrockner mit Kartoffeln zu übertragen, um einen Mangel an Kartoffelmehl zu verhindern. Die außerordentlich großen Bezüge von Kartoffeln durch die Städte im Herbst läßt die Annahme begründet erscheinen, daß Speisefertigkartoffeln in erheblichen Mengen zu Futterzwecken verwendet werden. Außerdem wird bei den Beratungen die Frage des Anbaues von Zuckerrüben erörtert werden, um eine ausreichende Erzeugung von Zucker sicherzustellen.

Die deutschen Verlustlisten, Ausgabe Nr. 98, enthalten die preussische Verlustliste Nr. 421 und die bayerische Verlustliste Nr. 244. Die preussische Verlustliste enthält u. a. die Infanterieregimenter Nr. 88, 117, 118 und 168, die Reserve-Infanterieregimenter Nr. 88, 118 und 23 sowie das Pionierregiment Nr. 25.

Höchstpreise gelten nur für örtliche Produkte.

Eine Entscheidung von weittragender Bedeutung wurde vor kurzem vom Reichsgericht bezüglich der Gültigkeit der Höchstpreise gefällt. Der Sachverhalt war folgender:

Eine Wursthändlerin in Hannover war von der dortigen Strafkammer wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Wurstwaren zweimal zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Sie hatte Braunschweiger Leberwurst teurer als zu den in Hannover vorgeschriebenen Höchstpreisen verkauft. Sie ließ durch ihren Verteidiger beim Reichsgericht Revision gegen das Urteil anmelden und erzielte damit einen vollen Erfolg. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und wies die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Das Reichsgericht wies darauf hin, daß von den Gemeinden Höchstpreise nur für örtliche Produkte festgesetzt werden können, daß also die von der Angeklagten verkaufte Braunschweiger Leberwurst nicht unter die für Hannover festgesetzten Höchstpreise falle. Die hannoversche Strafkammer hat auf Grund dieser Entscheidung die Angeklagte kostenlos freigesprochen.

Dieses Urteil greift tief in die bisher von den Gemeinden geübten Gepflogenheiten ein, da die Höchstpreise fast ausnahmslos für nicht örtliche und nur in den seltensten Fällen für örtliche Erzeugnisse festgesetzt worden sind. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, daß die Höchstpreise nur von Reichs wegen festzusetzen sind. Dieser liegt vom Reichsgericht festgestellte Rechtsgrundlagen stimmt übrigens mit den Forderungen überein, die schon vielfach von den in Frage kommenden kaufmännischen Kreisen erhoben worden sind.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.

Kurhaus. Eine thematische Einführung in die Klaviermusik von Richard Strauß, welche am Freitag dieser Woche im 7. Kurhaus-Tagkonzert ihre hiesige Erstaufführung erlebt, ist an der Kurhaus-Tagessalle, sowie am Tage des Konzertes an den Saalengängen lässlich zu haben. Das Konzert beginnt pünktlich um 7 1/2 Uhr abends.

Königliches Theater. Wegen Erkrankung des Fräulein Fridt findet in der heutigen Vorstellung des „Liebenden Holländers“ Fräulein S. Wolf vom Küller Dornhaus die Partie der Senta.

Residenz-Theater. Am Samstag abends 7 Uhr und am Sonntag um 1/2 Uhr kommt das humor. und dabei auch sehr gemütvolle Volkstück „Wo die Schwaben nisten“, das vom Hamburger Thalia-Theater mit anziehendem Erfolg seinen Siegeslauf über die deutschen Bühnen angetreten hat, zur Aufführung. Dem Stück liegt ein überaus lebenswürdiges und volkstümliches Gedanke zu Grunde: Wo die Schwaben nisten, wohnt das Glück! Am Sonntag nachmittag findet eine einmalige Aufführung zu halben Preisen von dem musikalischen Schwank „Die Schöne vom Strande“ statt. — Der Vorverkauf zu dem großen Konzert der Kammerlängerin Bosetti und des Kammerlängers Wolf am Montag hat bereits begonnen. Herr General Burdard hat in liebenswürdiger Weise die Klavierbegleitung des Konzerts übernommen.

Rassau und Nachbargebiete.

g. St. Goarshausen, 6. Jan. Ueber die Verletzung des Wahlvertrags. Wie dem H. u. L. Anz. mitgeteilt wird, wurde in dem letzten Zuge ein Anzahl

